Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9126**

18. Wahlperiode 08.07.2016

Antrag

der Abgeordneten Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch, Jan Korte, Heike Hänsel, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Sevim Dağdelen, Michael Leutert, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Kalte Enteignung der Sparer stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), maßgeblich umgesetzt durch den regelmäßigen Ankauf von Anleihen sowie die Absenkung des Hauptrefinanzierungssatzes auf 0 Prozent und des Einlagesatzes auf -0,4 Prozent, führt dazu, dass insbesondere Kleinsparer fast keine Zinsen mehr auf ihre Sparguthaben erhalten. Oft liegt inzwischen der Zinssatz auf Sparguthaben unter der Inflationsrate. Im Ergebnis sinkt dann der reale Wert der Sparguthaben.

Eine Berechnung der DZ Bank kommt zu dem Ergebnis, dass Sparerinnen und Sparer in Deutschland durch die Niedrigzinspolitik seit 2010 rund 200 Milliarden Euro eingebüßt haben. Demnach hätten deutsche Haushalte seit 2010 geringere Zinseinnahmen bei Tagesgeldkonten, Wertpapieren und Versicherungen in Höhe von 343 Milliarden Euro gehabt. Diesen Einbußen stünden lediglich geringere Zinsausgaben in der Höhe von 144 Milliarden Euro gegenüber, wie zum Beispiel durch niedrigere Zinsen auf Immobilienkredite (vgl. Die Welt vom 10.04.2016).

Die Niedrigzinspolitik der EZB kommt daher einer regelrechten Enteignung von Sparern in Deutschland gleich. Insbesondere Kleinsparer sind von den Verlusten betroffen, weil sie überproportional häufig das sichere Sparbuch als Anlageform wählen und mit ihren geringen Sparbeträgen nicht an den Finanzmärkten spekulieren. Potentiell betroffen sind ebenfalls die Lebensversicherungen in Deutschland. Die am Ende der Laufzeit ausgezahlten Summen liegen teilweise jetzt schon um bis zur Hälfte niedriger als die bei Vertragsabschluss kalkulierten Beträge (vgl. Pressemitteilung Stiftung Warentest vom 18.01.2016).

Dagegen profitieren die Vermögenden überproportional von der Niedrigzinspolitik, weil Börsenkurse, Immobilien- und Mietpreise künstlich in die Höhe getrieben werden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schreibt über die Verteilungswirkung der Anleihekäufe: „Das Anleihekaufprogramm führt mutmaßlich zu steigenden Vermögenspreisen, von denen vor allem wohlhabende Haushalte profitieren. Dies dürfte unmittelbar zu einer Zunahme der Vermögensungleichheit führen“ (DIW, Wochenbericht 7-2016). Die Niedrigzinspolitik der EZB verstärkt damit die seit Jahren laufende massive Umverteilungspolitik von unten nach oben. Und durch den Kauf von Unternehmensanleihen durch die EZB werden nun sogar auch noch die Profite privater Großkonzerne durch eine künstliche Senkung ihrer Finanzierungskosten gesteigert.

Gleichzeitig ist die EZB nicht in der Lage, mit ihrer Politik ihr selbstgesetztes Ziel, eine Zunahme der Verbraucherpreise knapp unter zwei Prozent pro Jahr zu erreichen. Die deflationäre Krise kann nicht durch eine von der EZB initiierte Geldschwemme bei Banken und auf den Finanzmärkten beendet werden. Um der Deflation erfolgreich entgegen zu wirken, müssen stattdessen Investitionen, Löhne und Renten stärker steigen, damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Massenkaufkraft ausreichend zunimmt. Notwendig ist dafür ein öffentliches Investitions- und Ausgabenprogramm für den sozial-ökologischen Umbau. Würde mithilfe der genannten Maßnahmen die deflationäre Krise überwunden werden, wäre auch der Grund für die Niedrigzinspolitik der EZB entfallen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

a) sich für ein Ende der Kürzungs- und Austeritätspolitik und stattdessen für eine Steigerung von Löhnen und Renten in Europa einzusetzen;
b) sich für ein EU-weit koordiniertes öffentliches, sozial-ökologisches Investitionsprogramm und eine Stärkung des Sozialstaates in allen Ländern einzusetzen, um Armut und Erwerbslosigkeit abzubauen;
c) sich dafür einzusetzen, dass dafür zur Anschubfinanzierung EZB-Kredite zum Hauptrefinanzierungssatz von zur Zeit Null Prozent eingesetzt werden, anstatt Zentralbankgeld wie aktuell zum Kauf von Kreditderivaten, Unternehmensanleihen und anderen Wertpapieren auszugeben und damit immer größere Blasen auf den Finanzmärkten zu erzeugen;
d) sich dafür einzusetzen, dass mittelfristig die öffentlichen, sozial-ökologischen Investitionsprogramme und die Stärkung des Sozialstaates in den EU-Ländern durch Millionärssteuern finanziert werden, in Deutschland maßgeblich durch die Einführung einer fünfprozentigen Steuer auf Vermögen oberhalb von einer Million Euro.

Berlin, den 8. Juli 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333